

Neoliberalismus und Vollbeschäftigung

In der deutschen Öffentlichkeit ist eine Diskussion über die Grundfragen der Geld- und Kreditpolitik im Gange. Sie wurde ausgelöst durch die Vorschläge des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, die weitere Erhöhung der Wachstumsrate des Sozialprodukts u. a. über eine kreditäre Konsumfinanzierung zu bewerkstelligen. Der Beirat setzte sich auch für eine stärkere Investitionsbereitschaft der Unternehmer ein, die gegebenenfalls durch eine Ausweitung des Kreditvolumens herbeigeführt werden sollte. In die gleiche Richtung zielen die Vorschläge zu einer „expansiven Lohnpolitik“, die von Dr. Viktor Agartz, dem Leiter des WWI der Gewerkschaften, gemacht wurden. Diese Auffassungen blieben natürlich nicht unwidersprochen. Fast alle Wirtschaftsverbände und Arbeitgebervereinigungen haben gegen eine solche „inflationistische Konjunkturpolitik“ Bedenken angemeldet. So steht heute Meinung gegen Meinung. Der folgende Aufsatz eines in Österreich lebenden Nationalökonomens ist ein Beitrag zu dieser Auseinandersetzung.

Arbeitslosigkeit neben Bombenruinen und vollen Kassen bedeutet eine so große Anomalie, daß man sich von all den theoretischen Beschwichtigungsversuchen abwenden muß, die einem überall entgegentreten und die nichts anderes darstellen als ein verhängnisvolles Gemisch von Unwissenheit und Spekulantentum. Mindestens dieser Unwissenheit zu begegnen, müßte heute als vordringlichste Aufgabe einer verantwortungsbewußten Nationalökonomie empfunden werden; dies um so mehr, als die Überwindung der Weltwirtschaftskrise das theoretische Rüstzeug gebar, an dessen praktischer Wirksamkeit wirklich nicht zu zweifeln ist.

Die Lehren der Weltwirtschaftskrise

Als die Arbeitslosenheere in den dreißiger Jahren ins Unermeßliche wuchsen, so daß die Verelendung der Völker schier unerträglich wurde, und man trotz voller Auslagen und Scheunen zu verhungern drohte, da erhoben sich bei allen Völkern einzelne Stimmen der Vernunft, die von den Staaten massive Intervention verlangten, um der hungrigen Millionenmasse der Beschäftigungslosen wieder Arbeit und Brot zu verschaffen.

Auch die im Januar 1931 von der Regierung *Brining* eingesetzte „Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage“, die sogenannte „Braunskommission“, empfahl damals große öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Man war sich darüber einig, daß etwas geschehen müsse, um den fortschreitenden Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft einzudämmen, der durch die mangelnde Kaufkraft breitester Schichten entstanden war und immer weitere Kreise erfaßte. Man war sich auch klar darüber, daß jenes verderbliche Nachfragedefizit nur beseitigt werden könnte, wenn man den Arbeiter entsprechend mit Kaufkraft versorgte, wenn nicht anders die gesamte Volkswirtschaft an Unterkonsumtion zugrunde gehen sollte. Nur über die Art der Beschaffung dieser Kaufkraft bestanden Zweifel. Man fand keinen rechten Finanzierungsweg, und so schlug die Kommission allen Ernstes die Aufnahme riesiger Auslandsanleihen vor.

Bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland und bis zur Übernahme der Präsidentschaft durch *F. D. Roosevelt* in den USA scheiterten alle diese Arbeitsbeschaffungsvorschläge an der angeblichen Unmöglichkeit ihrer Finanzierung. Man war nämlich überzeugt, für diese Zwecke nur das Sparkapital verwenden zu können, und davon gab es, angesichts der wachsenden Verelendung der breiten Massen, viel zu wenig. Also fühlte man sich außerstande, irgend etwas Positives zu unternehmen.

Forderten nun die Befürworter der öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, das

zu ihrer Finanzierung nötige Geld eben neu zu schaffen, wenn es schon nicht aus Ersparnissen zu gewinnen sei, dann wurden diese Forderungen als „utopisch“ gebrandmarkt und ins Lächerliche gezogen. Die Anhänger der Geldschöpfung, so sagte man, verwechselten nämlich „Geld“ mit „Kapital“, und das galt nach Ansicht des damaligen Reichsbankpräsidenten *Luther* und der Masse der zeitgenössischen Nationalökonomien als höchst gefährlicher Irrtum.

Es ist in diesem Zusammenhang recht amüsant, die diesbezüglichen Ausführungen des nachmaligen Reichsbankpräsidenten *Schacht* zu zitieren, die dieser in seinen „Grundsätzen deutscher Wirtschaftspolitik“ veröffentlichte.

„Bekanntlich wird über kein Wirtschaftsgebiet soviel von Nichtfachleuten geschrieben wie über die Währung . . . Ich nehme alle diese laienhaften Versuche, dem Währungsproblem beizukommen, nicht übel, denn das Geld steht nun einmal bei der großen Masse in dem Geruch, ein Zaubermittel zu sein. Und so lesen sich für den Fachmann alle jene laienhaften Währungsprojekte wie etwa das Buch von *Bosco*, dem kleinen Hexenmeister. Der häufigste Irrtum, der dabei unterläuft, ist, daß man Währungsgeld, also das Zahlungsmittel, mit Kapital und Reichtum verwechselt. Das Geld als Zahlungsmittel ist aber sowenig Kapital, wie der Leitungsdraht elektrische Kraft ist. Es ist belustigend und tragisch zugleich, wie immer und immer wieder alle möglichen Leute versuchen, diesen Leitungsdraht (Geld) in elektrische Kraft (Kapital) zu verwandeln¹⁾ . . .“

„Alle Projekte, die in irgendeiner Form zusätzliches Geld drucken wollen, sind von der Hand zu weisen. Es fehlt uns nicht an Geldumlaufmitteln in Deutschland, sondern es fehlt uns an Kapital. Kapital aber kann man nicht mit der Papiermasse drucken, Kapital muß erarbeitet und erspart werden²⁾.“

Das ist nun die berühmte Lebenslüge des Kapitals, die heute wiederum fröhliche Urständ feiert, nachdem sie zwei Jahrzehnte vorher Millionen von Arbeitslosen auf die Straßen getrieben hatte. Als *Schacht* kaum ein Jahr später die deutsche Arbeitsbeschaffung finanzierte, da hatte er seine Ansichten bereits revidiert, und es mutet deshalb sehr sonderbar an, wenn man sieht, mit welcher Verbissenheit man in unseren Tagen einen Begriffsapparat wiederzubeleben sucht, der diese lebensgefährlichen Irrtümer neu aufwärmt.

Geld und Kapital

Die Frage nach der Identität oder Nichtidentität von Geld und Kapital ist demnach keineswegs nur eine harmlose Spielerei von Gelehrten. Sie führt vielmehr direkt ins Zentrum der Wirtschaftspolitik, da die Finanzierung der Vollbeschäftigung davon abhängt. Daß es nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und ihrer eindeutigen Überwindung hier überhaupt noch Meinungsverschiedenheiten geben kann, beweist nur einmal mehr, daß keine Generation aus der Vergangenheit zu lernen gewillt ist.

Ein typisches Beispiel hierfür bot sich auf der Salzburger Tagung des Vereins für Sozialpolitik. Während *Prof. Sauer mann* als Vertreter der modernen Theorie die absolute Identität zwischen Geld und Kapital unterstrich, widersprach ihm der Leiter der deutschen Sparkassen, *Dr. Butschkau*, gerade in diesem Punkt aufs entschiedenste und stellte sich damit noch 1952 vollinhaltlich auf jenen überholten Vorkriegsstandpunkt, der in den dreißiger Jahren einen Großteil der Mitschuld am katastrophalen Krisenverlauf trug. Welche entscheidende Bedeutung der gesamten Volkswirtschaft aus dergleichen theoretischen Rückständen erwächst, kann man ermessen, wenn man sich vor Augen hält, daß zum Beispiel die sogenannte Wiederaufrichtung des Kapital-

1) H. Schacht, Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik, Oldenburg 1932, S. 42/43. 2) ebenda, S. 47.

marktes mit all den dazu notwendigen Sparbegünstigungen und sonstigen protektionistischen Maßnahmen ein reines Derivat dieses noch immer nicht ausgemerzten Geld-Kapital-Mißverständnisses ist.

Die Sache verhält sich nämlich so: Es gibt zweifellos drei Produktionsfaktoren, den Boden, das Kapital und die Arbeit. Die Hauptaufgabe jeder Wirtschaftspolitik besteht nun darin, diese drei miteinander in Einklang zu bringen, und zwar möglichst optimal. Da von diesen drei Faktoren Boden und Arbeit relativ konstant sind, so hängt es einzig von der Dosierung des dritten ab, die beiden anderen zweckentsprechend auszulasten. Dieser dritte Faktor aber ist das so umstrittene „Kapital“, und deshalb kommt gerade ihm in der ganzen Argumentation diese entscheidende Bedeutung zu.

Da weiter der Produktionsfaktor Arbeit letzten Endes mit dem Menschen identisch ist, muß er auch in diesem Zusammenhang besonders berücksichtigt werden. Ihm hat deshalb die ganze Wirtschaft zu dienen und mithin auch der Boden und das Kapital. Wenn nun die moderne Nationalökonomie Geld und Kapital gleichsetzt, so folgt daraus, daß sich die Währungspolitik hauptsächlich um den Faktor Arbeit, d. h. um den Menschen zu kümmern hat. Darin liegt ihre Berechtigung, darin ihre Aufgabe. Die Vollbeschäftigung wird damit zum Ziel der Wirtschaftspolitik schlechthin und zum Grundprinzip der sogenannten „Welfare Economics“³⁾. Jede andere Konzeption degradiert den Menschen zum Mittel, zum Knecht und zum Sklaven der Wirtschaft. Damit wird aber auch die Tragweite der jeweiligen Kapitaldefinition erklärlich und mit ihr unsere Verpflichtung, hier Klarheit zu schaffen.

Vertritt man nämlich, wie *Ricardo* vor über 100 Jahren, die Ansicht, daß zwischen Geld und Kapital ein entscheidender Unterschied besteht und „sich durch Geldvermehrung die Rohstoffe, Maschinen, Nahrungsmittel und Schiffe usw. nicht vermehren lassen“⁴⁾, dann wird damit auch der elastische Produktionsfaktor Kapital zu einem ebenso starren Wirtschaftsdatum wie der Boden und die Arbeit. Von einer entsprechenden Dosierung des Kapitals zur Auslastung der beiden anderen Produktionsfaktoren, oder mit anderen Worten, von einer angemessenen Finanzierung der Vollbeschäftigung kann dann natürlich keine Rede mehr sein, da man sich nach Maßgabe des Vorhandenen zu richten hat. Ist nun zuwenig (Spar)-Kapital vorhanden, um die Arbeitsbeschaffung zu finanzieren, so muß man dasselbe eben langsam und umständlich zu züchten versuchen. Das kann nur vermittels der Banken geschehen, die damit gewissermaßen zu Brutanstalten des Kapitals werden. Hier allein gedeiht nämlich dasselbe unter Wahrung besonderer Vorsichtsmaßnahmen, gleichsam wie eine Bakterienkultur. In der Zwischenzeit aber wird der nötige Ausgleich durch das berüchtigte eiserne Lohngesetz erzielt, oder wenn das durch den Widerstand der Gewerkschaften nicht möglich ist, empfiehlt man eine Kapitalbildung aus dem Lohnfonds vermittels Sparen der Arbeiter, ohne zu bedenken, daß die damit verbundene Konsumeinschränkung zu einem entsprechenden Produktionsrückgang und damit zu einem weiteren Verlust an Arbeitsplätzen führen muß.

Diese ricardianische Kapitaldefinition ist für heutige Verhältnisse absolut falsch und unzureichend, und mit ihr fallen natürlich auch die Zusatztheoreme vom „Kapitalmarkt“ und vom „Sparen“.

Die moderne Theorie behauptet demgegenüber genau das Gegenteil. Da Geld und Kapital nach ihrer Meinung absolut identisch sind, muß die Geldschöpfungsmöglichkeit durch Bankoperationen gleichzeitig auch eine Kapitalschöpfung, das heißt Kapital Vermehrung, miteinbegreifen. Das besagt schon die Identität der beiden Begriffe. Wenn dem aber so ist und solcherart im Rahmen des volkswirtschaftlichen Kaufkraftfonds Ma-

3) T. Scitovsky, The State of Welfare Economics, American Economic Review, Vol. XLI (June 1951), No. 3, S. 303 ff.

4) D. Ricardo, Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung, Jena 1923, S. 375.

schinen, Nahrungsmittel, Schiffe usw. vermehrt werden können, was eine unleugbare Steigerung des Volkswohlstandes bedeutete, dann braucht man für diesen Zweck wohl nicht erst auf allfällige Sparkapitalien zu warten. Im Gegenteil, unter diesen Umständen wäre eine jede Verzögerung der Vollbeschäftigungsfinanzierung ein Verbrechen am Volk, und der Ablauf der Weltwirtschaftskrise hat diesen Tatbestand in wirklich dramatischer Eindringlichkeit dargetan.

Die gegenwärtige Lage

All den aufgezeigten Erfahrungen und den Erkenntnissen der Theorie zum Trotz bewegt sich die Wirtschaftschskussion in einem neoliberalistischen Fahrwasser. Der ricardianische Standpunkt wird mit einem Eifer vertreten, als handle es sich um eine Wiedergutmachung. Man spricht von einer Kapitalknappheit, die unverständlich ist, wenn man die brachliegenden Produktionsfaktoren sieht, und propagiert ein Sparprogramm, wie es sich selbst reiche Staaten nicht leisten könnten, obwohl die Banken in Geld ersticken. Von einer Einheit von Geld und Kapital weiß keiner etwas; manchmal glaubt man sich in die berüchtigten dreißiger Jahre oder noch weiter zurückversetzt.

Ganz abgesehen vom Widersinn des Sparens an sich in einer Wirtschaftssituation, deren Stockung und Schrumpfung dem zurückhaltenden Verbrauch entspringt, muß die diesbezügliche Argumentation in einer Volkswirtschaft mit unausgelasteten Produktionsfaktoren ganz besonders befremden. Nur Narren können ernstlich die Möglichkeit erwägen, eine Vollbeschäftigung aus dem Lohnfonds zu finanzieren, und es ist wirklich nur mißverständene Vulgärökonomie die Meinung zu vertreten, die Banken könnten ihre Kredite nur aus Ersparnissen gewähren. In Wirklichkeit nehmen die Banken ihre Kredite gar nicht aus den Ersparnissen.

Ersparnisse und Depositen sind Verpflichtungen der Banken gegenüber ihren Kunden. „Wie könnten sie Verpflichtungen ausleihen! Wenn eine Bank bestrebt ist, so viele Einzahlungen wie möglich zu erhalten, so nicht etwa, um damit Depositen zu erhalten, die sie ausleihen könnte, sondern um in den Besitz von Zentralbankgeld zu kommen, auf Grund dessen sie neue Kredite gewähren kann. Eine Bank leiht auch keine Ersparnisse aus. Bei der Bank unterhaltene Sparguthaben sind ebenfalls Verpflichtungen der Bank gegenüber den Sparern. Verpflichtungen kann man nicht ausleihen. Aber auf Grund des im Zuge von Spareinlagen erhaltenen Zentralbankgeldes kann die Bank neue Kredite gewähren, das heißt im Aktivgeschäft neues Giralgeld schaffen, wobei auch wieder nicht das Zentralbankgeld ausgeliehen wird. — Aus diesen Überlegungen folgt, daß die Giralgeldschöpfung der Kreditbanken in einer Volkswirtschaft in keiner Weise durch die Höhe der Ersparnis begrenzt oder von dieser abhängig ist. Sparen ist deshalb auch keine notwendige Voraussetzung für die Gewährung neuer Kredite.“⁵⁾)

Sparen ist aber auch keine Voraussetzung für die Gewährung von Krediten bestimmter Art, wie man uns durch die längst überlebte Gegenüberstellung von Geld und Kapital neuerdings wieder glaubhaft machen will. Die ganzen Wiederbelebungsversuche des „Kapitalmarktes“ in Österreich und Deutschland sind deshalb Anachronismen schlimmster Sorte, deren negativer Effekt sich bald genug zeigen wird. An eine Belebung des Arbeitsmarktes ist in diesem Zusammenhang auf keinen Fall zu denken.

Die üblichen Einwände im Sinne der Keynesischen Sparinvestitionsbeziehung sind hier gegenstandslos, weil sie von ihm nur für Wirtschaftstypen mit aufgefüllten Kaufkraftfonds gedacht waren und weil die gegenständlichen Beziehungen überdies richtiggestellt das Verhältnis von Investition zur Desinvestition betrachten müßten.

5) E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung Tübingen 1952, S. 47.